

## Der Kampf um die höhere Brotquote.

### Die Stadt Wien und die Regierung.

Die deutschösterreichische Staatskorrespondenz, das ist die jetzige amtliche Korrespondenz der Staatskanzlei, hat gestern abends eine Verlautbarung herausgegeben, die sich mit den Veröffentlichungen des „Abend“ über die Einreisebewilligung für einen Vertreter der Stadt Wien zu den Pariser Ernährungsverhandlungen beschäftigt. Diese Verlautbarung ist von einem kleinen Teil der Morgenblätter abgedruckt worden, während der größere Teil anständig genug war, diese ungeschickte amtliche Ableugnung von sich zu weisen. Da wir dem Grundsatze „Niedriger hängen“ huldigen, tun wir der Staatskanzlei den schlechtesten Gefallen, ihr Dementi auch im „Abend“ zu veröffentlichen. Es lautet:

„Der Abend“ hat in aufsehenerregender Form gemeldet, es sei ihm aus dem Rathause die Mitteilung zugelommen, daß nicht die Entente, sondern die deutschösterreichischen Staatsämter die Einreise der Wiener Vertreter nach Frankreich verhindert hätten. Die ganze Darstellung ist samt den daran geknüpften Folgerungen ein Erzeugnis der Phantasie. Im Laufe des gestrigen Tages haben sich der Bürgermeister Dr. Weiskirchner und der Vizebürgermeister Neumann zum Staatssekretär des Äußern Dr. Bauer begeben, um mit ihm über die Frage der Entsendung von Vertretern der Gemeinde nach Paris zu konferieren. Beide Herren haben, wie uns aus dem Rathause mitgeteilt wird, den Eindruck gewonnen, daß von Seiten der Regierung alles getan worden ist und getan wird, um den Vertretern der Gemeinde Wien die Einreise zu ermöglichen.“

Wir erklären hiemit, daß dieses Dementi eine Entstellung der Tatsachen ist, darauf angelegt, die Öffentlichkeit über den Sachverhalt hinwegzutäuschen und daß wir unsere gestrige Darstellung vollkommen aufrechterhalten.

Wir wiederholen, daß niemand anderer als unsere Regierung die Schuld trägt, wenn bis heute kein Vertreter der Stadt Wien die Einreisebewilligung nach Frankreich erhalten hat.

Wir begründen diese Behauptung wie folgt: Die deutschösterreichische Kommission besteht aus den Herren Dr. Schüller, Dr. Grünberger und Dr. v. Adler und ist am 1. Februar von Wien abgereist.

Am 29. Jänner, also zwei Tage vorher (1) wurde der Bürgermeister Dr. Weiskirchner durch die telephonische Mitteilung überrascht, daß eine Kommission abbrechen werde, der die drei genannten Herren angehören. Er wurde aufgefordert, dem Direktor v. Adler, der Vertreter des Finanzamtes sei, auch eine finanzielle Vollmacht der Stadt Wien zu übergeben.

Am 31. Jänner, also zwei Tage nach dieser Mitteilung, erschien ein Vertreter der Gemeinde beim Staatssekretär Dr. Bauer und erklärte, daß die Beglaubigung des Dr. v. Adler notgedrungenemal wohl erfolgt sei, daß aber die Gemeinde Wien aus vielen Gründen darauf bestehen müsse, daß auch ein Vertreter Wiens der Kommission angehört. Dr. Bauer versprach, Herrn Schüller anzuweisen, in Berlin eine Einreisebewilligung für einen Vertreter der Gemeinde Wien zu beschaffen.

Aus diesem Sachverhalt geht hervor, daß die Regierung ohne die Gemeinde zu befragen, eine Kommission zusammengestellt hat, obwohl sie wußte, daß eine besondere Beglaubigung eines Wiener Vertreters notwendig sei. Wäre sie nicht dieser Meinung gewesen, dann hätte sie vom Bürgermeister nicht die Vollmacht für Herrn v. Adler verlangt.

Wir bedauern im Interesse der Sache, daß irgendein Herr der Staatskanzlei durch das heutige Dementi die Angelegenheit persönlich zugespitzt hat. Wir sind sicherlich nicht die berufsmäßigen Anwälte der Wiener Gemeindepolitik, aber die Gemeinde Wien ist vollständig im Recht, wenn sie eine besondere Vertretung verlangt. Sie tut es erstens, weil sie aller Wahrscheinlichkeit nach in besondrer Weise zur Gastung für die Lebensmittelschulden herbeigezogen wird, zweitens, weil sie Grund zur Annahme hat, daß es einem Vertreter der Stadt Wien, der am schwersten Leidenden Stadt Deutschösterreichs, leichter gelingen wird, eine Erhöhung der Ententelieferungen zu erzielen als einem anderen. Darauf kommt es an! Denn daß die Stadt Wien länger unter dem jetzigen Ernährungsstand leben kann, hält doch auch die hohe Regierung für ausgeschlossen.

Wäre die Regierung von vornherein so loyal gewesen, unter den drei zu entsendenden Herren gleich einen Vertreter der Stadt Wien zu bestimmen, so sähe er wahrscheinlich schon in Paris. Die Spekulation auf die guten Beziehungen des Direktors v. Adler ist ohnedies schon fehlgeschlagen. Er hatte bei der Einreise die größten Schwierigkeiten und wenn er auch nach Paris kommt, so werden wir ihn immer als einen Vertreter des „Wiener Bankvereins“, dem er angehört, bezeichnen

müssen, nie aber als einen Vertreter Deutschösterreichs oder der Stadt Wien.

Es ist nichts getan, die Herren Weiskirchner und Neumann hätten den Eindruck gewonnen — das Dementi sagt vorsichtigerweise nicht die Überzeugung —, daß die Regierung alles tue, um dem Vertreter Wiens die Reise zu ermöglichen. In der vorgestrigen Stadtratsitzung war der Eindruck bestimmt nicht vorhanden. Die Veröffentlichungen des „Abend“ — das halten wir uns zugute — werden hoffentlich dazu führen, daß die Stadt Wien jetzt wirklich einen Vertreter in Paris bekommt und uns die Ungeschicklichkeit und Eiferucht irgendeines oder mehrerer Staatssekretäre nicht dieser wirksamen Stimme bei den Verhandlungen beraubt.

Das „Neue Wiener Tagblatt“, bei Gott keine Zeitung, die aus Freundschaft für den „Abend“ unseren Standpunkt teilen würde, schreibt in seiner heutigen Morgenausgabe in Besprechung dieser von uns ans Licht gezogenen Angelegenheit:

Die Stadt hat mehrere Gründe für ihre Haltung. Sie ist kein Selbstverleger, sondern wirtschaftlich von allen Seiten abgeschnitten und benötigt daher eine besondere Fürsorge in allen Approvisionierungsangelegenheiten. Für die Getreidelieferungen wird Wien in erster Linie zur Haftung herangezogen und bei der großen Sympathie, deren sich die Stadtgemeinde noch heute im Auslande erfreut, wird es ihrem Vertreter leichter gelingen, Entgegenkommen bei der Entente zu finden. Hierzu kommt noch, daß die Stellung Wiens in der Zukunft völlig unklar ist.

Es hat fast den Anschein, daß in dieser Sache die Behörden, nämlich das Ernährungsamt und die Gemeinde, nicht Hand in Hand gehen. Hierzu eignet sich gerade dieser Anlaß nicht, bei dem es sich um die Lösung des Ernährungsproblems für die hungernde Wiener Bevölkerung handelt. Wie wir vernehmen, wird die Stadt die provisorisch dem Direktor Dr. v. Adler erteilte Vollmacht kündigen, wenn nicht ehestens der Vertreter der Stadt Wien, Gemeindevater Dr. von Schwarz-Siller, die Einreisebewilligung erhält.“

Wenn das „Neue Wiener Tagblatt“ davon spricht, es scheine, daß die Behörden nicht Hand in Hand gehen, dann muß es schon tüchtig frohen.